

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
Satzung Deutsche Lebens-Rettungs- Gesellschaft Ortsgruppe Bocholt e.V.		
I. Name, Sitz und Geschäftsjahr		
§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr 1) Die Ortsgruppe Bocholt der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft ist eine Gliederung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V., die am 19. Oktober 1913 gegründet wurde. Sie führt den Namen "Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Ortsgruppe Bocholt e. V.", abgekürzt "DLRG Ortsgruppe Bocholt". 2) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt ist im Vereinsregister unter der Nummer VR 2551, Amtsgericht Coesfeld, eingetragen. Ihr räumlicher Tätigkeitsbereich umfasst im Lande Nordrhein-Westfalen das Gebiet der Stadt Bocholt. Ihr Sitz ist in Bocholt. 3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.		
II. Zweck		
§ 2 Zweck 1) Die vordringliche Aufgabe der DLRG Ortsgruppe Bocholt ist die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen. 2) Zu den Kernaufgaben nach Abs. 1 gehören insbesondere: a) frühzeitige und fortgesetzte Information über Gefahren im und am Wasser sowie über sicherheitsbewusstes Verhalten, b) Ausbildung im Schwimmen und in der Selbstrettung, c) Ausbildung im Rettungsschwimmen, d) Weiterqualifizierung von Rettungsschwimmern für Ausbildung und Einsatz, e) Organisation und Durchführung eines flächendeckenden Wasserrettungsdienstes im Rahmen und als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr von Bund, Ländern und Gemeinden. 3) Eine weitere bedeutende Aufgabe der DLRG Ortsgruppe Bocholt ist die Jugendarbeit und die Nachwuchsförderung. 4) Zu den Aufgaben gehören auch die	1) Die vordringliche Aufgabe der DLRG Ortsgruppe Bocholt ist die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen und Maßnahmen, die der Bekämpfung des Ertrinkungstodes dienen (Förderung der Rettung aus Lebensgefahr). 3) Eine weitere bedeutende Aufgabe der DLRG Ortsgruppe Bocholt ist die Kinder- und Jugendverbandsarbeit und die Nachwuchsförderung.	Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
a) Aus- und Fortbildung in Erster-Hilfe und im Sanitätswesen, b) Mitwirkung bei der Abwehr und Bekämpfung von Großschadensereignissen am und im Wasser, c) Unterstützung und Gestaltung freizeitbezogener Maßnahmen am, im und auf dem Wasser, d) Förderung des Sports e) Durchführung rettungssportlicher Übungen und Wettkämpfe, f) Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter, insbesondere auch in den Bereichen Führung, Organisation und Verwaltung, g) Entwicklung und Prüfung von Rettungsgeräten und Rettungseinrichtungen, sowie die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Wasserrettung, h) Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Organisationen und Institutionen, i) Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen und -organisationen 5) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt vertritt Grundsätze religiöser und weltanschaulicher Toleranz sowie parteipolitischer Neutralität. Die DLRG tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegen. 6) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt kann ein Verbandsorgan herausgeben.	a) Aus- und Fortbildung in Erster-Hilfe und im Sanitätswesen, sowie eine Übernahme sanitätsdienstlicher Aufgaben, f) Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter, insbesondere auch in den Bereichen Führung, Organisation und Verwaltung, sowie Mitwirkungen an internationalen Hilfseinsätzen, g) Entwicklung und Prüfung von Rettungsgeräten und Rettungseinrichtungen, sowie die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Wasserrettung, und der Europäischen Union, 5) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt vertritt die Grundsätze religiöser und weltanschaulicher Toleranz sowie parteipolitischer Neutralität der Überparteilichkeit. Die DLRG tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegen. 6) Die DLRG achtet bei ihrer Aufgabenerfüllung auf einen sorgsamen und nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt. 7) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt kann ein Verbandsorgan herausgeben.	Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung Redaktionelle Änderung Anpassung an die Bundessatzung Änderung der Nummerierung
§ 3 Gemeinnützigkeit und Mittelverwendung 1) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt ist eine gemeinnützige, selbstständige Organisation und arbeitet grundsätzlich ehrenamtlich mit freiwilligen Helfern. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
2) Mittel der DLRG Ortsgruppe Bocholt dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der DLRG Ortsgruppe Bocholt. Die DLRG Ortsgruppe Bocholt darf niemanden durch Ausgaben, die dem Zweck fremd sind, begünstigen, oder unverhältnismäßige Vergütungen gewähren. Jedes Mitglied hat jedoch Anspruch auf Erstattung der Auslagen, die im Auftrag der Gremien der DLRG Ortsgruppe Bocholt entstanden sind.		
III Mitgliedschaft		
§ 4 Mitgliedschaft 1) Mitglieder der DLRG Ortsgruppe Bocholt können natürliche und juristische Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts werden. 2) Das Mitglied erkennt durch seine Eintrittserklärung die Satzungen und Ordnungen der DLRG, des DLRG Landesverbandes Westfalen, des DLRG Bezirks Kreis Borken und der DLRG Ortsgruppe Bocholt an und übernimmt alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten. 3) Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Vorstand der DLRG Ortsgruppe Bocholt. 4) Mit der Mitgliedschaft in der DLRG Ortsgruppe Bocholt erwirbt das Mitglied zugleich die Mitgliedschaft in den übergeordneten Gliederungen. 5) Durch eigenmächtiges Handeln ihrer Mitglieder wird die DLRG Ortsgruppe Bocholt nicht verpflichtet.		
§ 5 Mitglieds- und Delegiertenrechte 1) Das Mitglied übt seine Rechte und Pflichten in seiner örtlichen Gliederung aus und wird in den übergeordneten Gliederungen durch seine Delegierten vertreten. 2) Aus der Satzung der durch die Delegierten vertretenen Gliederung muss eindeutig erkennbar sein, wer als Delegierter gewählt werden kann, wer sie wählt und für welche Amtsdauer sie bestellt sind. 3) Die Anzahl von Delegierten errechnet sich nach dem Schlüssel, der sich aus der Satzung der übergeordneten Gliederung ergibt. 4) Jedes volljährige Mitglied kann durch das hierfür zuständige Gremium als Delegierter gewählt werden.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
5) Die Amtszeit der Delegierten endet mit der Annahme der Wahl der Delegierten für die nächstfolgende ordentliche Tagung. 6) Die Ausübung der Mitgliederrechte in allen Organen ist davon abhängig, dass die fälligen Beiträge bezahlt und die satzungsgemäßen Pflichten erfüllt sind.	6) Die Ausübung der Mitgliederrechte in allen Organen ist davon abhängig, dass die fälligen Beiträge bezahlt und die satzungsgemäßen Pflichten erfüllt sind und entgegenstehende Entscheidungen des Schiedsgerichts nicht vorliegen.	Anpassung an die Bundessatzung
§ 6 Stimmrecht Das Stimmrecht kann nur persönlich und erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres ausgeübt werden. Das passive Wahlrecht beginnt mit Eintritt der Volljährigkeit. Wahlfunktionen in Organen der DLRG Ortsgruppe Bocholt können nur Mitglieder ausüben. Das aktive und passive Wahlrecht für die Jugend in der DLRG Ortsgruppe Bocholt regelt deren Jugendordnung.	Das Stimmrecht kann nur persönlich und erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres ausgeübt werden. Das passive Wahlrecht beginnt mit Eintritt der Volljährigkeit. Wahlfunktionen in Organen der DLRG Ortsgruppe Bocholt können nur Mitglieder ausüben. Das aktive und passive Wahlrecht für die Jugend in der DLRG Ortsgruppe Bocholt regelt die Ordnung der DLRG-Jugend.	Anpassung an die Bundessatzung
§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft 1) Die Mitgliedschaft in allen Gliederungsebenen endet durch Tod, Austritt, Streichung, persönlichen Ausschluss oder Ausschluss der örtlichen Gliederung. 2) Die Austrittserklärung eines Mitgliedes muss schriftlich, mindestens einen Monat vor Ablauf des Geschäftsjahres, der DLRG Ortsgruppe Bocholt zugegangen sein. Der Austritt wird zum Ende des Geschäftsjahres wirksam. 3) Die Streichung als Mitglied erfolgt ab einem Rückstand von einem Jahresbeitrag, wenn der Rückstand mindestens einmal unter Fristsetzung erfolglos angemahnt wurde. Auf Antrag kann die Mitgliedschaft nach Zahlung der rückständigen Beiträge fortgeführt werden. 4) Den persönlichen Ausschluss aus der DLRG regelt §29 Absatz 5 Buchstabe d. Den Ausschluss einer Gliederung regelt § 10 Absatz 5 der Satzung. 5) Endet die Mitgliedschaft, ist das im Besitz befindliche DLRG-Eigentum zurückzugeben. Scheidet ein Mitglied aus einer Funktion aus, hat es die entsprechenden Unterlagen unverzüglich an die DLRG Ortsgruppe Bocholt abzugeben. Für Schäden aus verspäteter Rückgabe haftet das Mitglied ebenso wie für die Folgen eigenmächtigen Handelns, durch das die DLRG im Übrigen nicht verpflichtet wird.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
§ 8 Beiträge 1) Die Mitglieder haben die für die DLRG Ortsgruppe Bocholt festgelegten Jahresbeiträge zu leisten, die entsprechende Anteile für die übergeordneten Gliederungen enthalten. 2) Die Mitgliedsbeiträge werden durch die Ortsgruppentagung der DLRG Ortsgruppe Bocholt festgelegt. Die Ortsgruppentagung kann hinsichtlich der Höhe der Mitgliedsbeiträge und der Modalitäten ihrer Zahlung eine Beitragsordnung erlassen. 3) Ehrenmitglieder zahlen in der DLRG Ortsgruppe Bocholt keinen Mitgliedsbeitrag, die Beitragsanteile an die übergeordneten Gliederungen sind jedoch durch die DLRG Ortsgruppe Bocholt abzuführen.		
IV Verhältnis zu den Obergliederungen		
§ 9 Verhältnis der Satzung zu denen der Obergliederungen 1) Die DLRG ist ein Gesamtverein 2) Die Untergliederungen der DLRG sollen eine eigene Rechtsfähigkeit haben. Die Grenzen sollen mit den kommunalen Grenzen übereinstimmen. Über Änderungen von Ortsgruppengrenzen entscheidet der Bezirksrat nach Anhörung der beteiligten Ortsgruppen. Erhebt eine der beteiligten Ortsgruppen Einspruch gegen diese Entscheidung, entscheidet die Bezirkstagung abschließend. Für Neugründungen, Spaltungen oder Fusion von Untergliederungen trifft der Landesverband Westfalen, nach Anhörung des betreffenden Bezirkes und der beteiligten Untergliederungen, entsprechende Entscheidungen. Die Eintragung im Vereinsregister muss ebenfalls nach dem vorher beschriebenen Konzept durch den Landesverband genehmigt werden. 3) Im Konfliktfall zwischen Satzungen gehen die Satzungen der Obergliederungen dieser Satzung vor. Konfliktfälle liegen vor, wenn diese Satzung im Widerspruch zur Obergliederungssatzung steht oder die Fragestellung nicht geregelt ist.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
4) Der Bundesverband ist Inhaber des namensrechtes Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft einschließlich abgekürzter Form DLRG. Das Führen und die Nutzung des Namens durch die Untergliederung sind an die Einhaltung der Satzungen der Obergliederungen sowie der darauf beruhenden Ordnungen gebunden. Mit Ausscheiden verliert die betroffene Gliederung das Recht, den in Satz 1 genannten Namen zu führen. 5) Die Satzung der DLRG Ortsgruppe Bocholt muss in den Aufgaben des Vereinszwecks und in den die Zusammenarbeit in der DLRG und ihren Organen und Gremien tragenden Grundsätzen mit den Satzungen der Obergliederungen übereinstimmen.		
§ 10 Verhältnis zu den Obergliederungen 1) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt ist an die Satzung des DLRG Bezirks Kreis Borken e.V., des DLRG Landesverbandes Westfalen e.V., sowie der DLRG gebunden und muss die sich daraus ergebenden Verpflichtungen erfüllen. Sie ist ferner verpflichtet, die auf dieser Satzung beruhenden Ordnungen und Beschlüsse umzusetzen. 2) Eine Neufassung der Satzung der DLRG Ortsgruppe Bocholt und Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung des Bezirksvorstandes und des Landesverbandsvorstandes. Wenn der Bezirksvorstand die Zustimmung verweigert, ist die Anrufung des Bezirksrates zulässig, der mit einfacher Mehrheit entscheidet. Wenn der Landesverbandsvorstand die Zustimmung verweigert, ist die Anrufung des Landesverbandsrates zulässig, der mit einfacher Mehrheit entscheidet. 3) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt hat dem DLRG Bezirk Kreis Borken e.V. Niederschriften über Ortsgruppentagungen, Jahresberichte und Jahresabschlüsse termingerecht vorzulegen sowie die festgesetzten Beitragsanteile und Umlagen fristgerecht zu entrichten. 4) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt akzeptiert die sich aus der Satzung des DLRG Bezirks Kreis Borken e.V. und aus der Satzung des DLRG Landesverbandes Westfalen e.V. ergebenden Kontrollrechte der Obergliederungen einschließlich der damit verbundenen Abwehr- und Rechtsschutzmöglichkeiten.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
5) Bei erheblichen Verstößen der Ortsgruppe gegen übergeordnete Satzungen und Ordnungen sowie gravierende Missachtung von Weisungen kann die Ortsgruppe auf Antrag des Landesverbandsvorstandes, dem die Untergliederung angehört, als Teileinheit der DLRG aufgelöst und die Ortsgruppe damit aus der DLRG ausgeschlossen werden. Die Entscheidung obliegt dem Präsidialrat. Der Ortsgruppe ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Für den Antrag gilt die Frist nach § 27 Absatz 2 der Bundessatzung, eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Nummer VR 24198, in der Fassung vom 17.-18.10.2013. Der Antrag ist durch den Bundesverband nach Eingang der Gliederung zur Stellungnahme zuzuleiten. Die Stellungnahme ist bis zum Beginn der Sitzung des Präsidialrates schriftlich abzugeben. 6) Bei Entscheidungen nach Absatz 4 und 5 ist die Anhörung des Schiedsgerichtes möglich. Näheres regelt die Schiedsgerichtsordnung.	5) Bei erheblichen Verstößen der Ortsgruppe gegen übergeordnete Satzungen und Ordnungen sowie gravierende Missachtung von Weisungen kann die Ortsgruppe auf Antrag des Landesverbandsvorstandes, dem die Untergliederung angehört, als Teileinheit der DLRG aufgelöst und die Ortsgruppe damit aus der DLRG ausgeschlossen werden. Die Entscheidung obliegt dem Präsidialrat. Der Ortsgruppe ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Für den Antrag gilt die Frist nach § 27 Absatz 2 der Bundessatzung, eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Nummer VR 24198, in der Fassung vom 22-23.10.2021. Der Antrag ist durch den Bundesverband nach Eingang der Gliederung zur Stellungnahme zuzuleiten. Die Stellungnahme ist bis zum Beginn der Sitzung des Präsidialrates schriftlich abzugeben.	Redaktionelle Änderung
V Jugend	V Kinder- und Jugendverbandsarbeit	Anpassung an die Bundessatzung
§ 11 Jugend 1) Die Jugend in der DLRG Ortsgruppe Bocholt ist die Gemeinschaft junger Mitglieder der DLRG in Bocholt. 2) Die Bildung von Jugendgruppen in den Gliederungen der DLRG und die damit verbundene jugendpflegerische Arbeit stellen ein besonderes Anliegen und eine bedeutende Aufgabe der DLRG Ortsgruppe Bocholt dar. Die freiwillige selbstständige Übernahme und Ausführung von Aufgaben der Jugendhilfe erfolgen auf der Grundlage der gemeinnützigen Zielsetzung der DLRG. 3) Inhalt und Form der Jugendarbeit vollziehen sich nach der Jugendordnung, die vom Ortsgruppenjugendtag beschlossen wird und der Zustimmung des Ortsgruppenvorstandes bedarf. 4) § 9 und § 10 dieser Satzung gelten für die DLRG – Jugend entsprechend, ohne eigene Rechtsfähigkeit zu begründen.	3) Inhalt und Form der Kinder- und Jugendverbandsarbeit vollziehen sich nach der Ordnung der DLRG-Jugend, die vom Ortsgruppenjugendtag beschlossen wird und der Zustimmung des des Ortsgruppenvorstandes bedarf. Die Zustimmung kann nur verweigert werden, sofern die Ordnung der DLRG-Jugend nach ihrem Zweck und ihren grundsätzlichen Regelungen im Widerspruch zu dieser Satzung steht.	Anpassung an die Bundessatzung

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
5) Der Ortsgruppenvorstand wird im Ortsgruppen-Jugendvorstand durch eines seiner Mitglieder vertreten.		
VI Organe		
1. Abschnitt: Ortsgruppentagung		
§ 12 Ortsgruppentagung 1) Die Ortsgruppentagung ist als oberstes Organ die Vertretung der Mitglieder der DLRG Ortsgruppe Bocholt. Der Ortsgruppenvorsitzende bzw. im Verhinderungsfalle sein satzungsgemäßer Vertreter eröffnet, leitet und schließt die Versammlung. Auf seinen Vorschlag kann die Versammlung die Leitung einem von ihr zu wählenden Tagungsleiter oder Tagungspräsidium übertragen. 2) Die Ortsgruppentagung bestimmt die Richtlinien für die Tätigkeit, behandelt und entscheidet alle grundsätzlichen Fragen und Angelegenheiten der DLRG Ortsgruppe Bocholt verbindlich für alle Mitglieder, Gruppen und Gremien. Sie nimmt die Berichte des Ortsgruppenvorstandes, der Ortsgruppenbeauftragten und der Revisoren entgegen und ist zuständig für Beschlüsse über: a) Wahl der Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes und seiner Vertreter entsprechend der Wahlperiode nach §19 Abs. 2, ausgenommen des Vorsitzenden der Jugend sowie dessen Stellvertreter, b) Wahl der Revisoren, c) Wahl der Delegierten zur Bezirkstagung im Sinne der §§ 5 und 6, die Mitgliederversammlung kann die Wahl der Delegierten zur Bezirkstagung dem Ortsgruppenvorstand übertragen d) Entlastung des Ortsgruppenvorstandes, e) Feststellung des Jahresabschlusses, f) Genehmigung des Haushaltsplanes, g) Anträge, h) Höhe des Mitgliedsbeitrages i) Satzungsänderungen, j) Berufung von Ortsgruppenbeauftragten auf Vorschlag des Ortsgruppenvorstandes, k) Ernennung von Ehrenvorsitzenden auf Vorschlag des Ortsgruppenvorstandes, l) Auflösung der DLRG Ortsgruppe Bocholt.		
§ 13 Zusammensetzung Die Ortsgruppentagung wird aus den Mitgliedern der DLRG Ortsgruppe Bocholt gebildet.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
§ 14 Einberufung Die Ortsgruppentagung tritt jedes Jahr auf Einladung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters zusammen. Eine außerordentliche Ortsgruppentagung ist einzuberufen, wenn der Vorstand dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln oder 25 % der Mitglieder verlangt.	1) Die Ortsgruppentagung tritt jedes Jahr auf Einladung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters zusammen. 2) Eine außerordentliche Ortsgruppentagung ist einzuberufen, wenn der Vorstand dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln oder 25 % der Mitglieder verlangt. 3) Zur ordentlichen Ortsgruppentagung muss in Textform mindestens vier Wochen vorher, zu einer außerordentlichen Ortsgruppentagung mindestens zwei Wochen vorher unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden. 4) Diese Frist wird durch termingerechte öffentliche Bekanntmachung der Einladung gewahrt. Der Tag der Absendung und der Tag des Versammlungsbeginns werden bei der Fristberechnung nicht berücksichtigt. 5) Die Einladung ist an die Mitglieder zu versenden.	Anpassung an Bundessatzung Anpassung an Bundessatzung Anpassung an Bundessatzung Anpassung an Bundessatzung Anpassung an Bundessatzung
§ 15 Ladungsfrist 1) Zur ordentlichen Ortsgruppentagung muss in Textform mindestens vier Wochen vorher, zu einer außerordentlichen Ortsgruppentagung mindestens zwei Wochen vorher unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden. Diese Frist wird durch termingerechte öffentliche Bekanntmachung der Einladung gewahrt. 2) Die Einladung ist an die Mitglieder zu versenden.	§ 15 Ladungsfrist 1) Zur ordentlichen Ortsgruppentagung muss in Textform mindestens vier Wochen vorher, zu einer außerordentlichen Ortsgruppentagung mindestens zwei Wochen vorher unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden. Diese Frist wird durch termingerechte öffentliche Bekanntmachung der Einladung gewahrt. 2) Die Einladung ist an die Mitglieder zu versenden.	Ist in §14 Ist in §14 Ist in §14
§ 16 Antragsberechtigung 1) Antragsberechtigt sind a) die stimmberechtigten Mitglieder der Tagung b) der Ortsgruppenjugendvorstand 2) Anträge zur Ortsgruppentagung müssen in Textform spätestens acht Tage, zur außerordentlichen Ortsgruppentagung spätestens acht Tage vorher eingereicht werden. 3) Dringlichkeitsanträge können nur behandelt werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Stimmberechtigten die Behandlung zulassen. 4) Bezüglich Satzungsänderungen gelten die Bestimmungen des § 40.	§ 15 Antragsberechtigung	Neue Nummerierung

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

[illegible]

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
§ 20 Protokoll 1) Über die Ortsgruppentagung ist ein Protokoll zu fertigen und von der Protokollführung sowie der Versammlungsleitung zu unterzeichnen. Abschriften dieses Protokolls sind den Mitgliedern des Ortsgruppenvorstandes innerhalb sechs Wochen nach Ende der Tagung zuzusenden. Mitglieder erhalten das Protokoll auf Wunsch, der gegenüber der Ortsgruppengeschäftsstelle binnen zwei Wochen nach Ende der Ortsgruppentagung mitzuteilen ist, direkt in Textform ausgehändigt. 2) Einsprüche gegen das Protokoll sind innerhalb 12 Wochen nach Tagungsende in Textform beim Vorsitzenden geltend zu machen. Der Ortsgruppenvorstand beschließt bei seiner nächsten Sitzung über die Einsprüche und teilt das Ergebnis dem Einspruchsführer mit.	§ 19 Protokoll	Neue Nummerierung
	§ 20 Ortsgruppentagung in Ausnahmesituationen 1) Ist hinreichend wahrscheinlich, dass die Ortsgruppentagung aus schwerwiegenden Gründen, wie Naturkatastrophen, Pandemien oder ähnlichem in den nächsten sechs Monaten nicht unter Anwesenheit ihrer Mitglieder an einem Versammlungsort abgehalten werden kann, ist der Ortsgruppenvorstand zu dem Beschluss berechtigt, die Ortsgruppentagung unter Wahrung der Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation abzuhalten. 2) Der Beschluss des Ortsgruppenvorstandes ist spätestens mit der Einladung bekanntzugeben. Der konkrete elektronische Kommunikationsweg ist rechtzeitig, spätestens zwei Wochen vor der Ortsgruppentagung mitzuteilen. 3) Die DLRG stellt technisch sicher, dass die Mitgliedsrechte nur von Berechtigten ausgeübt werden können.	Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung
2. Abschnitt: Ortsgruppenvorstand		
§ 21 Ortsgruppenvorstand 1) Der Ortsgruppenvorstand leitet die DLRG Ortsgruppe Bocholt im Rahmen der Satzung. Ihm obliegt insbesondere die Ausführung der Beschlüsse der Ortsgruppentagung. Er ist für die Geschäftsführung verantwortlich.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
a) der Vorsitzende b) zwei stellvertretende Vorsitzende c) der Geschäftsführer d) der Ortsgruppenarzt e) Fachwart Wasserrettungsdienst f) Fachwart Schwimmausbildung g) Fachwart Tauchwesen h) Fachwart Bootswesen i) Fachwart Verbandskommunikation j) Fachwart Materialwirtschaft k) Fachwart Organisation l) Fachwart Vergleichswettkämpfe m) Fachwart Betrieb der Gebäude n) Fachwart Erste-Hilfe und Sanitätsausbildung o) Fachwart Gefahrenabwehr p) Protokollführer q) bis zu 5 Beisitzer r) Vorsitzender der DLRG-Jugend s) Ehrenvorsitzender 3) Jedes der Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes hat eine Stimme mit Ausnahme der Ehrenvorsitzenden. 4) Der Vorsitzende der Ortsgruppenjugend und seine Vertreter werden vom Ortsgruppenjugendtag nach der Ortsgruppenjugendordnung gewählt. 5) Im Verhinderungsfall des Vorsitzenden der DLRG Jugend nimmt ein Vertreter der DLRG Jugend entsprechend der Ortsgruppenjugendordnung teil.		
§ 22 Ortsgruppenbeauftragte und Mitarbeiter 1) Die Ortsgruppenbeauftragten sind Vorstandsmitgliedern unterstellt. Sie werden durch den Vorstand berufen. Ortsgruppenbeauftragte nehmen beratend an Organtagungen der Ortsgruppe teil. 2) Der Ortsgruppenvorstand kann für besondere Aufgabengebiete weitere Mitarbeiter berufen. 3) Ausschüsse können durch Beschluss eines Organs für bestimmte, jedoch eindeutig abgegrenzte Aufgabengebiete gebildet werden. Die Arbeitsergebnisse solcher Ausschüsse sind dem zuständigen Organ zur Auswertung und gegebenenfalls zur Beschlussfassung zuzuleiten.		
§ 23 Vertretungsbefugnis 1) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende, seine Stellvertreter und der Geschäftsführer. Jeder ist allein vertretungsberechtigt.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
2) Verbandsintern wird vereinbart, dass ein stellvertretender Vorsitzender nur im nicht nachzuweisenden Verhinderungsfall des Vorsitzenden vertretungsberechtigt ist.		
§ 24 Amtszeit 1) Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstandes beginnt mit der Annahme der Wahl und endet mit dem Beginn der Neuwahlen. 2) Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit aus, so kann der Vorstand das Amt bis zur nächsten Ortsgruppentagung kommissarisch besetzen. Die Ortsgruppentagung kann dann bis zur nächsten regulären Wahlperiode das Amt nachwählen. Ausnahme: Die Positionen a) bis c) können nicht kommissarisch besetzt werden.		
§ 25 Geschäftsverteilung Der Vorstand legt zum Beginn der Wahlperiode die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten fest und beschließt einen Geschäftsverteilungsplan.		
§ 26 Ladungsfrist Zu Sitzungen des Vorstandes ist mindestens eine Woche vorher einzuladen. Die Frist wird durch die termingerechte Absendung der Einladung gewahrt.	Zu Sitzungen des Vorstandes ist mindestens eine Woche vorher einzuladen. Die Frist wird durch die termingerechte Absendung der Einladung gewahrt. Eine Sitzung des Vorstandes kann auch ohne Anwesenheit der Mitglieder an einem Versammlungsort unter Wahrung der Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation durchgeführt werden. Dies ist mit der Einladung unter Angabe des konkreten elektronischen Kommunikationsmittels mitzuteilen.	Anpassung an die Bundessatzung
§ 27 Anträge		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
Anträge zur Vorstandssitzung müssen in Textform spätestens 5 Tage vorher eingereicht werden. Sie sind nach Antragsschluss unverzüglich den Mitgliedern des Vorstandes zuzuleiten. Der Ortsgruppenvorstand kann in dringenden Fällen Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen. Das Ergebnis eines solchen Beschlusses und die Stimmabgabe jedes beteiligten Vorstandsmitgliedes sind schriftlich festzuhalten und allen Vorstandsmitgliedern unverzüglich zuzuleiten. Ein solcher Beschluss ist nur wirksam, wenn mehr als die Hälfte der amtierenden Vorstandsmitglieder zugestimmt hat.		
§ 28 Anzuwendende Vorschriften Jede ordnungsgemäß einberufene Vorstandssitzung ist beschlussfähig, ein Vertreter nach § 26 BGB muss anwesend sein. Für die Behandlung von Dringlichkeitsanträgen, für die Abstimmungen sowie für Protokolle und Einsprüche gelten die Regelungen zur Ortsgruppentagung entsprechend.		
VII Schiedsgerichtsbarkeit		
§ 29 Aufgaben 1) Verbandsinterne Schiedsgerichte haben auf allen Gliederungsebenen die Aufgaben, das Ansehen der DLRG zu wahren und Verstöße hiergegen zu ahnden, und zwar insbesondere in folgenden Fällen: a) Beleidigungen, üble Nachrede oder Verleumdung der DLRG, ihrer Gliederungen, ihrer satzungsgemäßen Organe und deren Mitglieder, soweit sie sich auf deren Tätigkeit in der DLRG beziehen und soweit das beleidigte Mitglied den Spruch des Schiedsgerichtes vor Ausspruch als bindend anerkennt, b) Handlungen von Mitgliedern und/oder Gliederungen, die der DLRG oder ihren Gliederungen Schaden zugefügt haben oder geeignet sind, solchen zuzufügen oder das Ansehen der DLRG zu schädigen sowie die Regelung der Folgen dieser Handlungen; soweit Mitglieder finanziell geschädigt sind, jedoch nur, falls diese sich vor dem Spruch des Schiedsgerichtes diesem als bindend unterworfen haben.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
2) Sie haben ferner die Aufgabe, anstelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedern untereinander, zwischen Mitgliedern und Gliederungen und zwischen Gliederungen untereinander zu entscheiden, soweit es sich um Rechte und Pflichten handelt, die sich aus der Satzung des Bundesverbandes, des Landesverbandes oder der Satzung einer Untergliederung der DLRG sowie aus weiteren satzungsgemäßen Regelwerken und/oder Beschlüssen satzungsgemäßer Organe ergeben. Zum Zwecke der Durchsetzung seiner Entscheidung kann das Schiedsgericht alle geeigneten Auflagen und Maßnahmen verhängen. 3) Es entscheidet über die Anfechtung von Beschlüssen der Organe. Im Falle einer Anfechtung eines Beschlusses kann das Schiedsgericht bis zu seiner endgültigen Entscheidung die aufschiebende Wirkung der Anfechtung durch Beschluss anordnen. Hält es die Anfechtung für begründet, hebt es den Beschluss auf. 4) Ferner ahndet das Schiedsgericht der Bundesebene Verletzungen der Anti-Doping-Bestimmungen, der Anti-Doping-Ordnung der DLRG und des rettungssportlichen Regelwerks der DLRG. 5) Gegen ein Mitglied kann das Schiedsgericht im Rahmen seiner Zuständigkeit wahlweise folgende Ordnungsmaßnahmen einzeln oder gleichzeitig verhängen: a) Rüge oder Verwarnung mit ggfls. entsprechender Veröffentlichung, b) zeitliches oder dauerndes Verbot des Zutritts zu bestimmten oder allen Einrichtungen und Veranstaltungen, ausgenommen Zusammenkünfte der Organe, c) befristeter oder dauernder Ausschluss von Wahlfunktionen, d) befristeter oder dauernder Ausschluss aus der DLRG; e) Aberkennung ausgesprochener Ehrungen; f) zeitliche oder lebenslängliche Wettkampfsperre.	e) Aberkennung ausgesprochener Ehrungen, einschließlich Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedschaft;	Anpassung an die Bundessatzung
§ 30 Zusammensetzung		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
1) Das gewählte Schiedsgericht besteht in allen Gliederungsebenen aus einem Vorsitzenden und bis zu drei Vertretern, die die Befähigung zum Richteramt haben müssen, und zwei Beisitzern oder ihren jeweiligen Stellvertretern. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen während ihrer Amtszeit im Bereich der Gliederungsebene, für dessen Schiedsgericht sie gewählt sind, kein anderes Wahlamt ausüben. 2) Ein weiterer Beisitzer und seine Vertreter sind aus Vorschlägen der Jugend zu wählen (Jugendbeisitzer). Dieser gehört dem Schiedsgericht an, wenn die DLRG-Jugend oder ein Jugendmitglied am Verfahren beteiligt ist. 3) Bei Streitigkeiten zwischen DLRG-Gliederungsebenen wird das Schiedsgericht um je einen jeweils von den Streitparteien benannten Schiedsrichter erweitert. 4) Im Übrigen gibt sich das Schiedsgericht nach der jeweiligen Wahl seine Zuständigkeitsregelung selbst.		
§ 31 Kostentragung Den Beteiligten können die durch das Verfahren entstandenen Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden.		
§ 32 Schieds- und Ehrengerichtsordnung 1) Im Übrigen regelt die Zusammensetzung der Schiedsgerichte, die Wahl der Mitglieder sowie deren Aufgaben und das Verfahren eine Schiedsgerichtsordnung der DLRG, die vom Präsidialrat beschlossen und beim Registergericht (Berlin-Charlottenburg) hinterlegt wird.		
§ 33 Ordentlicher Rechtsweg 1) Im Falle der Unzuständigkeit des Schiedsgerichtes und/oder zur Überprüfung der Wirksamkeit des Schiedsspruches ist die Anrufung des ordentlichen Gerichtes erst nach Ausschöpfung des vereinsinternen Rechts- und Schiedsweg möglich.		
VIII Sonstige Bestimmungen		
§ 34 Ordnungen und Richtlinien 1) Die von den Organen und Gremien des Bundesverbandes aufgrund der Satzung erlassenen Ordnungen und Richtlinien sind für alle Gliederungen und Mitglieder bindend.		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
2) Im Rahmen ihrer Ausbildungs- und Lehrtätigkeit nimmt die DLRG Prüfungen ab. Art, Inhalt und Durchführung der Prüfungen werden durch die Prüfungsordnungen der DLRG und deren Ausführungsbestimmungen geregelt. Sie sind für Prüfer und Prüfungsteilnehmer bindend. 3) Die Prüfungsordnungen werden vom Präsidialrat erlassen; die Ausführungsbestimmungen beschließt das Präsidium.		
§ 35 Gestaltungsordnung, DLRG-Markenschutz und -Material 1) Beschriftungs-, Gestaltungs- und Werberichtlinien mit Stempel- und Siegelanweisung sowie die Verwendung der Buchstabenfolge werden in der Gestaltungsordnung (Standards) geregelt. Sie wird vom Präsidialrat erlassen. 2) Die Buchstaben DLRG sowie die Verbandszeichen sind im Markenregister des Deutschen Patentamtes in München markenrechtlich geschützt. 3) Das zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigte Material (DLRG-Material) wird von der DLRG vertrieben. 4) Die DLRG Ortsgruppe Bocholt ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass das zur Aufgabenerfüllung verwendete Material, das nicht von der Materialstelle der DLRG bezogen wird, der Gestaltungsordnung entspricht und geeignet ist.		
§ 36 Ehrungen 1) Personen, die sich durch besondere Leistungen auf dem Gebiete der Wasserrettung oder hervorragende Mitarbeit verdient gemacht haben, sowie langjährige Mitglieder können geehrt werden. Näheres wird durch die Ehrungsordnung der DLRG geregelt. 2) Die Ortsgruppentagung kann Ehreuvorsitzende im Vorstand ohne Stimmrecht auf Lebenszeit und Ehrenmitglieder ernennen. 3) Die von der DLRG Landesverband Westfalen e.V. gestiftete "Johanna-Sebus-Medaille" und die „Ehrennadel des Landesverbandes Westfalen der DLRG“ werden nach besonderen Ordnungen verliehen.		
§ 37 Geschäftsordnung		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen der Organe sowie aller Gremien regelt die vom Präsidialrat erlassene Geschäftsordnung, soweit nicht in dieser Satzung bereits geregelt.	Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen der Organe sowie aller Gremien regelt die vom Präsidialrat erlassene Geschäftsordnung, soweit nicht in dieser Satzung bereits geregelt. 1) Zur Durchführung von Versammlungen, Sitzungen und Tagungen der Organe sowie aller Gremien erlässt der Präsidialrat eine Geschäftsordnung. 2) Die Finanz- und Materialwirtschaft sowie Rechnungslegung werden durch eine Wirtschaftsordnung geregelt, die vom Präsidialrat erlassen wird.	Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung
§ 38 Wirtschaftsordnung Finanz- und Materialwirtschaft sowie Rechnungslegung werden durch eine Wirtschaftsordnung geregelt, die vom Präsidialrat erlassen wird.	§ 38 Compliance Richtlinie Zur Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen und internen Regelungen der DLRG erlässt der Präsidialrat eine Compliance-Richtlinie.	Anpassung an die Bundessatzung Anpassung an die Bundessatzung
§ 39 Regelwerk für Meisterschaften und Wettkämpfe im Rettungsschwimmen Zur Durchführung von Meisterschaften und Wettkämpfen im Rettungsschwimmen erlässt der Präsidialrat ein Regelwerk Rettungssport. Zur Bekämpfung des Dopings erlässt der Präsidialrat aufbauend auf den Regelungen der WADA und NADA eine Anti-Doping-Ordnung. Diese Anti-Doping-Ordnung ist die Grundlage der Ahndung von Dopingverstößen und gilt nach § 4 Satz 2 der DLRG – Satzung verbindlich für alle Mitglieder der DLRG.		
IX Schlussbestimmungen		
§ 40 Satzungsänderungen 1) Satzungsänderungen können nur von der Ortsgruppentagung beschlossen werden. Zu einem Beschluss auf Satzungsänderung ist eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich. 2) Die beantragte Satzungsänderung muss im Wortlaut und mit Begründung in Textform mit der Einladung zur Ortsgruppentagung bekannt gegeben werden. 3) Der Ortsgruppenvorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom Registergericht oder vom Finanzamt aus Rechtsgründen für erforderlich gehalten werden, selbst zu beschließen und anzumelden.		
§ 41 Auflösung		

Synopse Satzungsänderung zur Ortsgruppentagung 14.11.2021

Aktuelle Fassung (03.04.2016)	Antrag des Vorstandes (zum 14.11.2021)	Begründung
1) Die Auflösung der DLRG Ortsgruppe Bocholt kann nur in einer zu diesem Zweck mindestens sechs Wochen vorher einberufenen außerordentlichen Ortsgruppentagung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. 2) Bei Auflösung der DLRG Ortsgruppe Bocholt oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke gemäß § 2 ist dessen Vermögen dem DLRG Bezirk Kreis Borken e.V., zuzuweisen, der es für kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.	2) Bei Auflösung der DLRG Ortsgruppe Bocholt oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke gemäß § 2 ist dessen Vermögen dem DLRG Bezirk Kreis Borken e.V., zuzuweisen, der es unmittelbar und ausschließlich für seine gemeinnützigen Zwecke zu verwenden hat.	Anpassung an aktuelle Finanzordnung
§ 42 Ausführung der Satzung Der Ortsgruppenvorstand erlässt bei Bedarf Bestimmungen, die der Durchführung dieser Satzung dienen.		
§ 43 Inkrafttreten Diese Änderungen der Satzung, beschlossen am 03.04.2016 ergänzt die am 24.03.2012 in Ortsgruppentagung beschlossenen Satzung. Sie tritt mit der Eintragung im Vereinsregister in Kraft.	Diese Änderungen der Satzung, beschlossen am 14.11.2021 ergänzt die am 24.03.2012 in Ortsgruppentagung beschlossenen Satzung. Sie tritt mit der Eintragung im Vereinsregister in Kraft.	
§ 44 Übergangsbestimmungen Abweichend von den Bestimmungen des § 43 erfolgen eventuelle Wahlen während der ordentlichen Ortsgruppentagung am 24.03.2012 bereits nach dieser Satzung.		